

Abgeordneter Meyer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Meine sehr geehrten Damen und Herren, zum Themenkomplex „Geht das überhaupt im KFA unterjährig zu machen?“ werde ich kein weiteres Wort sagen, Herr Hey hat dazu alles gesagt. Das allein wäre schon Grund genug, diesen Antrag abzulehnen.

Aber, wir haben bereits schon einmal darüber diskutiert und ich möchte versuchen, das inhaltliche Thema noch einmal so aufzurollen und zu begründen, welche Haltung wir dazu haben. Es gibt zwei Möglichkeiten und die hat DIE LINKE auch in der Debatte genannt, warum dieser Antrag eingereicht wurde. Nämlich das Thema, dass es einmal ein Sonderereignis gab wie diesen Winter, der so schnell nicht wiederkommt und dementsprechend besondere Lasten hat. Dazu habe ich bei der ersten Debatte zu diesem Thema ausgeführt, wenn das so wäre, kann man nur feststellen, das müssen die Kommunen allein hinbekommen, denn sie haben auch milde Winter gehabt, in denen sie hätten ansparen können. Wäre das nicht der Fall, wäre der KFA falsch berechnet und die Kommunen sollten klagen. Dass sie es nicht tun, ist immanent ein Hinweis darauf, dass möglicherweise ansonsten die Kosten doch reichen können. Das ist aber hier schon alles diskutiert worden. Ich habe aber auch von der LINKEN verstanden, dass sie eigentlich ein anders Argument hat, nämlich zu sagen, die Winter werden ab sofort wahrscheinlich schneereicher. Sie haben das auch mit dem Klimawandel begründet. Dem würde ich beitreten. Aber wenn es darum geht, dass der Klimawandel dazu führt, dass die Winter schneereicher werden und dementsprechend die Kosten für die Straßenreinigung im Winter teurer werden, dann ist Ihr Antrag hochgradig konservativ. Der ist deshalb konservativ, weil er nicht an die Wurzel geht, dann wäre er radikal. Die Frage, was man nämlich dann tun kann, wenn die Winter schneereicher werden, weil der Klimawandel kommt, hat nichts mehr mit der Frage zu tun, wer bringt das Geld auf, sondern das hat dann damit was tun, dass wir dann natürlich auf jeden Fall erst einmal den KFA neu berechnen müssen, dann müssen Sie den Mut haben und auch die Landesregierung hat schon schneereiche Winter und Regenerereignisse für Finanzamtseinfahrtenüberdachungen als Begründung herangezogen; also man ist da ganz aufgeschlossen in der Regierung, habe ich gelernt. Dann bin ich mal gespannt, wie Sie das Thema erwartete Klimaerwärmung und deren Folgen für die Trockenheit oder die Regenschwere im Thüringer Wald in den nächsten Haushalten diskutieren, da sind wir ganz offen bei Ihnen.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Dann schneit es wenigstens nicht mehr.)

Ich glaube eben gerade nicht daran, Herr Barth, dass wir weniger Schnee haben. Alle gehen davon aus, dass wir wahrscheinlich tatsächlich schneereichere Winter und trockenere Sommer haben. Das heißt, wir haben doppelte Probleme. Das ist die Vermutung für Thüringen, da zitiere ich mal Wissenschaftler. Ich glaube, wir müssen dann an zwei anderen Punkten ansetzen. Nicht nur an der Frage, wer das bezahlt? Sondern wie tut man etwas? Da möchte ich mich gern wiederholen. Wir brauchen neue Formen der Erfüllung des Winterdienstes in den kommunalen Straßen. Wenn die Winter schneereichere werden, kann man den Schnee auf den Straßen liegen lassen. Dann ist das Salzen von Straßen nicht mehr adäquat, siehe Nordeuropa.

(Beifall DIE LINKE)

Wenn das aber der Fall ist, werden auch die Winterschäden weniger, weil im Wesentlichen die Salznutzung für die Schäden zuständig ist, nicht der Schnee. Der Frost sorgt mit dem Auftauver-

(Abg. Meyer)

halten durch das Salz dafür, dass wir unsere Schlaglöcher bekommen. Das ist ja unser Problem in diesen Mischgebietssituationen, was das Wetter angeht. Jetzt kommen wir eigentlich in das eigentliche Thema rein, wir müssen ja dieses Großproblem, den Klimawandel, auch noch mit der demographischen Entwicklung in Einklang bringen. Wir haben die Situation in den Gemeinden, dass wir 20 bis 30 Prozent weniger Einwohner haben werden, auch wenn die FDP mir immer vorwirft, ich hätte keine Ahnung von Kommunen. Sie können mir ja vorwerfen, ich hätte die falsche Meinung dazu. Keine Ahnung zu haben ...

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Beides, beides zusammen.)

Beides, jaja, vielleicht schauen Sie mal in meine Vita, vielleicht hilft das wenigstens zur Erkenntnisgewinnung bei Ihnen.

(Beifall SPD)

Wenn die demographische Entwicklung in den Landkreisen so weitergeht, dann muss man sich auch mal fragen, wie viele Straßenkilometer je 1.000 Einwohner wir uns in der Straßenunterhaltung eigentlich noch leisten können, in den Kommunalstraßen, in den Landesstraßen und den überörtlichen Straßen. Und das weiter so zu fahren, wie es die LINKE jetzt dadurch vorschlägt, dass sie sagt, wir brauchen nur mehr Geld, weil wir jetzt auch einfach die schicken neuen Straßen wieder kehren und fegen müssen, das ist konservativ. Wir müssen dann den Mut haben zu sagen, wenn wir 20 oder 30 Prozent weniger Menschen sind, dann können wir uns auch nicht mehr so viele Straßen leisten, oder wir streichen das Geld an anderer Stelle. Aber in jedem zweiten Beitrag hier höre ich immer, dass wir überall Geld brauchen; für Kindertageseinrichtungen, für Schulen, für kulturelle Einrichtungen, völlig richtig. Dann geht es aber mit dem Straßenbau nicht so weiter. Das Straßennetz insgesamt steht zur Disposition, wenn der Klimawandel zutrifft und der demographische Wandel auch zutrifft. Beides nehme ich als Tatsachen hin. Deshalb, weil das in diesem Gesetzentwurf, in diesem Antrag nicht zum Ausdruck kommt, lehnen wir ihn ab. Danke.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank. Gibt es weitere Wortmeldungen? Herr Abgeordneter Kuschel.

Abgeordneter Kuschel, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, ich habe mich jetzt noch einmal zu Wort gemeldet, da kann der Finanzminister dann gleich noch darauf eingehen. So wie ich ihn kenne, wird er das gern machen.

Frau Lehmann, Sie haben hier so getan, als wenn die angemessene Finanzausstattung der Kommunen ein Gnadenakt des Landes wäre.

(Beifall DIE LINKE)

Das ist Verfassungsauftrag. Das steht in der Verfassung und das Verfassungsgericht hat das auch noch mal klargestellt. Wenn Sie hier darauf verweisen, es gibt ja auch mal Jahre, wo die Winterdienstkosten aufgrund der Intensität des Winters nicht ganz so hoch sind, da darf ich nur noch einmal in Erinnerung bringen, unser Antrag zielt auf zwei Punkte: Auf den Winterdienst und die Folge-